

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schlegel, Hoflieferant, Gr. Gerberstr. u. Breiterstr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde von 9-11 Uhr Vorm.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen

H. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. F. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratenteil: W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Nr. 462

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den Sonntagen und Festtagen jedoch nur zwei Mal, an Sonntagen und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt wöchentlich 4.50 M., für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5.45 M. Bestellungen nehmen alle Anzeigenstellen der Zeitung sowie die Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 5. Juli.

Inserate, die sechsgepaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Nachmittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung vom 4. Juli, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinstimmung gestattet.)

Zu Ehren des verstorbenen Abg. Burghardt erheben sich die Mitglieder von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Verathung des Gesetzesentwurfes, betr. Aufhebung der Verpflichtung zur Rückzahlung der Grundsteuerentlastung.

In der Generaldiskussion bemerkt

Abg. Richter (Frl. Vp.): Wir haben bisher immer nur von

einem 10 Millionenloß gesprochen. Nach den Stichproben des

Ministers aber handelt es sich um 16 Millionen. Der Minister

sagte nämlich, seine statistischen Berechnungen bezügen sich

auf ein Drittel der Fälle, die für das platte Land in Frage

kommen. Die zurückgezählten Beiträge machen nach seiner

Statistik etwas über 43 Prozent derjenigen Kapitalien

aus, die bei der Aufhebung der Grundsteuerfreiheit gezahlt

würden, und die sich für das platte Land auf 29 Millionen

belaufen. Dies giebt also eine Summe von 12 560 000 Mark.

Rechnen wir dazu noch 3 von den 6 Millionen, die die Städte

zurückzahlen haben, also 4 Millionen, so ergibt das im ganzen

eine Summe von 16 Millionen. Das begründet die

große Tragweite dieser Sache. Die Jahresrente von 4 Prozent

von den 16 Millionen beträgt 660 000 Mark; es soll also die

Finanzlage auf die Dauer von 60 Jahren durch einen Verzicht

von nicht weniger als 660 000 Mark jährlich verschlechtert werden.

Sobald hatte ich in zweiter Lesung ausgeführt, daß von dem Be-

trage, der auf das platte Land der ostelbischen Provinzen fällt,

77 Prozent auf die Gutsbezirke kommen, und daraus gefolgert,

daß der Großgrundbesitz mit 77 Prozent beteiligt ist. Dem

gegenüber ist gesagt worden, die Inhaber der Gutsbezirke seien

nicht immer Großgrundbesitzer. Aus den statistischen Darle-

gungen des Ministers ergibt sich aber, daß drei Viertel

der Summe, also 75 Prozent der Entschädigungskapitalien auf die-

jenigen entfallen, die mehr als 1000 Mark zurückzahlen haben.

Wenn bei einem Drittel, auf das sich die statistischen Erhebungen

erstrecken, 659 Pfändungen über drei Millionen zurückzahlen

haben, so würde das ganze Reich 2000 Pfändungen ergeben, die je-

den 16 Millionen zurückzahlen haben. Also das ist des Pudels Kern!

Ist das Angebots der Finanzlage gerechtfertigt? Speziell für

Schleswig-Holstein kommen 8000 Pfändungen mit 2 Millionen Mark

in Betracht, also ein durchschnittlicher Rentenbetrag von 10 Mark,

und diese Summe werden jedenfalls die reichen Marktschaffner auch

nach für den Staat ausbringen können, zumal sie weit mehr durch

die Steuerreform ersparen. Es war die Rede davon, daß je-

derjenigen, die dem Antrage zugestimmt haben, ein Antrag ein-

gebracht würde, die Steuerbefreiung auf Beträge bis 100 M. zu

beschränken. Der Antrag ist nicht eingebracht worden. Wir wollen

hier auch weder zum Wohl der Kleineren, noch zum Schaden der

Größeren eine Entscheidung treffen, sondern uns an die Bestim-

mungen halten, die bei der gesammten Steuerreform getroffen sind.

Ferner wird es immer so dargestellt, als ob diejenigen, bei denen

kleine Beträge in Frage kommen, kleine Grundbesitzer sind. Das ist

aber nicht immer der Fall. Die Grundsteuerfreiheit ist entstanden

durch das Privilegium, das man den Rittergutsbesitzern seiner

Zeit ertheilt hat. Im Laufe der Jahre sind aber bald hier bald

da Parzellen von den Rittergütern abgetrennt worden, und der

Käufer hat nur für die Parzelle die Grundsteuerfreiheit erworben,

die aber durch den Verkauf nicht seinen ganzen Besitz darstellt.

Es kann für einen sehr großen Besitzer nur eine ganz kleine

Summe in Betracht kommen, weil die Grundsteuer sich nur auf

kleine Parzellen bezieht, während er für seinen übrigen Besitz

immer bezahlt hat. Man sagt zwar minima non curat praetor,

aber es handelt sich gar nicht um ein Minimum. Ich könnte

die Berechtigung des Antrages nur anerkennen, wenn es sich um

eine so kleine Summe handelte, daß es sich nicht lohnt, dieselbe

einzufassen. Geben Sie also, nachdem die Sachlage sich jetzt noch

weit mehr zu Ungunsten des Antrages geklärt hat, den Beschluß der

zweiten Lesung auf und lehnen Sie den Antrag in dritter Be-

ratung ab. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. Miquel: Wenn man annimmt, daß man

das bisherige Ergebnis mit 75 multiplizieren kann, so kommt man

auf eine Gesamtsumme von 16 Millionen Mark (Hört! Hört! links).

von denen allein 12 Millionen sich auf das platte Land be-

ziehen, nicht eingerechnet diejenigen Rückzahlungen, die die so ge-

nannten verarmten Verpächter betreffen. Diese Frage muß

sine ira et studio behandelt werden. Auch bei den früheren Be-

ratungen, die darüber stattgefunden haben, standen sich zwei An-

schauungen von Billigkeit und Recht bona fide gegenüber. Man

sollte deshalb nicht gegenständig Beschuldigungen von Interessen-

vertretung, Blinderung der Staatskasse u. s. w. aussprechen.

(Sehr richtig! rechts.) Ich habe bereits bei der Verathung der

Steuererleichterung hervorgehoben, daß die hier geforderte

Rückzahlung als eine Forderung des natürlichen Gerechtigkeitsgefühls erscheint und ausdrücklich

erklärt, daß juristische und zivilrechtliche Gründe nicht geltend gemacht

werden können. Demals hat das Haus nach langer Debatte ent-

schieden, und zwar nicht sofort als eine besondere Frage, sondern als

Teil eines großen Reformwerkes. Für die Regierung ist

in erster Linie maßgebend, daß die Kontinuität

unserer Gesetzgebung nicht gefährdet wird. Das

ist aber der Fall, wenn es Sitte wird, daß ein Teil einer großen

zusammenhängenden Gesetzgebung von einer Minderheit, die bei

der Verathung geschlagen war, hinterher sofort wieder auf-

gegriffen wird (Sehr richtig!). Wir haben deshalb auch von vorn-

herein in der Regierungsvorlage gesagt, daß da, wo nachweislich

die Entschädigung nicht mehr im Besitz des Inhabers des Grund-

stücks ist, die Rückzahlung wegfallen soll. Das Haus ist weiter ge-

gangen und hat bestimmt, daß da, wo Vererbungen stattgefunden

haben, der jetzige Besitzer nur für denjenigen Erbtheil haften soll,

der auf ihn übergegangen ist. Ja, wir haben sogar die Entscheidung

getroffen, daß selbst in denjenigen Fällen, wo ein einzelner Erbe als

Anerkennung des Grundstück übernommen hat, und die übrigen Erben

nicht mit dem vollen Werth ihres ganzen Erbtheils abgefunden waren, doch nur der reine Quotenheil der zivilrechtlichen Erbchaft entrichtet. Wir wollten die Sache auf eine milde, ausgleichende, Billigkeit suchende Weise aus der Welt schaffen. Meistlich sind wir bei anderen Gelegenheiten verfahren, ich erinnere nur an die Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften. Auch hier haben wir einen Ausgleich gesucht, um die gegen einanderstehenden Anschauungen zu wiederholen. Wenn Sie ein solches Vorgehen in dem einen Fall nicht gelten lassen wollen, laufen wir da nicht Gefahr, daß im nächsten Jahre die Frage wegen der Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften wiederkommt? Wohl gerathen wir mit der Kontinuität unserer Gesetzgebung, mit der Rechtssicherheit im Lande, wenn der Versuch gemacht wird, die einmal abgeschlossene Gesetzgebung wieder anzusehen? Man muß sich der einmal durch Mehrheitsbeschluß getroffenen Entscheidung unterwerfen, aber nicht von Neuem die Gesetzgebung rückwärts revidieren. Anders läge es, wenn neue Thatsachen vorliegen oder Irrthümer sich herausstellen hätten, die geeignet sind, die Gesetzgebung zu revidieren. Solche Thatsachen oder Argumente sind aber nicht vorgebracht. (Sehr richtig! links.) Wenn wirklich in einzelnen Fällen besondere Härten eintreten, so läßt sich ja die Frage erörtern, ob man nicht die Ermächtigung des Finanzministers, Ermäßigungen eintreten zu lassen, erweitern will. Man könnte ja auch ganz kleine Beträge überhaupt streichen. Diese Frage läßt sich aber erst erörtern, wenn dem Landtage das volle Material vorliegt. Ich bin sehr gern bereit, dem Hause im nächsten Jahre in einer Denkschrift das Gesamtresultat der Feststellungen bis in die größten Details mitzutheilen, so daß man sich dann ein Urtheil darüber bilden kann. Wie die Dinge aber heute liegen, bitte ich Sie, den Antrag in der gegenwärtigen Session nicht anzunehmen.

Abg. Graf v. Moltke (H.): (auf der Tribüne schwer verständlich) wisst der Linken agitatorische Ausbeutung der Sache vor. Die Schätzungen des Abg. Richter seien durchaus hinfällig, (Abg. Richter: „Das sind ja amtliche Zahlen!“) namentlich soweit sie das Verhältnis des Groß- und Kleingrundbesitzes zum Antrage betreffen. Der Finanzminister habe seinen Standpunkt behauptet, den er, Redner, nicht theilen könne. Von hervorragender Bedeutung sei allerdings die Bemerkung, daß die Kontinuität der Gesetzgebung gefährdet werde. Man müsse die Gesetze aber nicht nach ihrer Kontinuität, sondern nach ihrem Geiste und Inhalt beurtheilen. Um ein Beispiel handle es sich bei dem Entwurf nicht, denn die 1. 3. gewährte Entschädigung beruhe auf dem Gesetz, und ein Gesetz sei kein Geschenk. Redner erklärt zum Schluß im Namen der Mehrheit seiner Fraktion, an dem Entwurf festhalten zu wollen. (Beifall rechts.)

Abg. Pfeil (H.): giebt bei großer Unruhe des Hauses eine Erklärung gegen den Antrag ab.

Abg. Graf v. Vinburg-Sturum (H.): Ich persönlich habe kein Interesse an dem Antrage. Als wir damals die Rückzahlung zugestimmt haben, kannten wir noch nicht die Härten und Ungerechtigkeiten, die aus dieser Rückzahlungspflicht entstehen würden, und ich bereue meine damalige Zustimmung, das erkläre ich jetzt ausdrücklich. Gerade vielen kleinen Städten wird die Rückzahlung außerst schwer werden. Der Standpunkt, nur die kleineren Besitztümer von der Rückzahlungspflicht zu befreien, würde zur Folge haben, daß die schwierigsten finanziellen Untersuchungen angestellt werden müßten. Die Absicht der Linken ist, agitatorisch Kapital hier herauszuschlagen, ich meine aber, auf ein unberechtigtes agitatorisches Agitationsmittel mehr oder weniger kann es der Linken doch nicht ankommen. (Heiterkeit rechts.) Uns ist es wenigstens gleichgültig. Sie werden damit auch keine Geschäfte machen. Kommen Sie in Kreise, wo nichts zurückgezahlt ist, werden die Leute Sie nicht verstehen, und in anderen Fällen wird man Ihre Haltung erst recht nicht verstehen. (Zurufe links.) Wer sich auf den Rechtsstandpunkt stellt, muß die Rückzahlungspflicht für eine Ungerechtigkeit erklären. Wenn der Finanzminister so sehr auf die Kontinuität der Gesetzgebung pocht, so wünsche ich, die Regierung hätte auch bei anderen Gelegenheiten diesen Standpunkt mit Energie vertreten. (Beifall rechts.)

Abg. Knebel (H.): Ich kann den Ausführungen des Vorredners nicht zustimmen. Die Grundsteuer-Entschädigung ist ja 1. 3. allerdings gesetzgeberisch gewährt worden; aber von keinem gesetzgebenden Faktor ist diese Entschädigung wirklich anerkannt worden. Sie ist vielmehr lediglich aus taktischen Gründen erfolgt. Die Befreiung von der Grundsteuerpflicht war thatsächlich eigentlich schon längst gesetzlich aufgehoben. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Danach wird ein Schlußantrag angenommen.

In der Spezialdebatte bemerkt zu § 1

Abg. v. Bülow-Eckernförde (H.): Ich werde mit

„Ja“ stimmen, um nicht den kleinen Besitzern meines Wahlkreises

die Last der Rückzahlung aufzuerlegen. Sollte der Entwurf

wirklich Gesetz werden, so werde ich aber den auf mich entfallenden

Teil von 16 675 Mark für gemeinnützige Zwecke hergeben.

(Ironische Zurufe links.)

Die Abstimmung über den grundlegenden § 1 ist auf

Antrag Richter (Frl. Vp.) eine namentliche. § 1 wird mit

154 gegen 127 Stimmen angenommen. Dafür stimmen

die Konservativen, die Freikonserverativen mit

Ausnahme von Dr. Kell, Baum, Kröner (Hospitalant) und v. Voh,

von den Nationalliberalen die Abgg. Bachmann,

Falkenhagen, Groth, Jürgensen, Dr. Martens, Mohr, Reimnitz,

Sieg und Weber (Gentlin), vom Centrum die Abgg. Conrad

(Glab), v. Gilschinsky (Glab), Stanke, Dr. Stephan und Graf

Strachow.

Dagegen stimmen die Polen, die beiden frei-

sinnigen Parteien, das Gros des Centrum und

der Nationalliberalen mit den oben genannten Aus-

nahmen. Der Abstimmung enthalten sich der konser-

vative Abg. Frhr. v. Erffa, der Präsident v. Köller, der freikon-

servative Abg. v. Zebitz und Prinz Arenberg vom Centrum. Frhr.

v. Eckardstein (Wildkonf.), einer der größten Grundbesitzer im

Kreis Ober- und Niederbarnim, stimmt mit ja, was von der

Linken mit Rufen: hört, hört! und mit großer Heiterkeit aufge-

nommen wird. Abg. Richter ruft: Der schenkt nichts! Das Resultat der Abstimmung wird von der Rechten mit Beifall, von der Linken mit Pfifflern und Pfuscheren aufgenommen.

Die Abstimmung über § 2 geschieht durch Aufstehen und Sitzbleiben. Da auf der Rechten eine ganze Anzahl Mitglieder den Saal verlassen hat, so zögert der Präsident, das Resultat bekannt zu geben. Während dieser Zeit tritt ein großer Theil der Rechten unter der Heiterkeit der Linken wiederum den Saal. § 2 wird ebenso wie der Gesetzentwurf im Ganzen angenommen.

Es folgt die zweite Verathung des Antrages Ring, betr. Befreiung der Mischkünde, die durch wiederholte Sperrung des Berliner Central-Viehhofes der Landwirtschaft erwachsen.

Die Agrarkommission beantragt: I. Den Antrag Ring u. Gen., betreffend die Sperrungen auf dem Berliner städtischen Vieh- und Schlachthofe, durch die von dem Minister der Landwirtschaft in der Plenarsitzung vom 14. Mai 1895 abgegebenen Erklärungen für erledigt zu betrachten. II. Die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken: A. 1. daß zur Verhütung der Einschleppung von Seuchen die Einfuhr von Vieh aus dem Auslande möglichst verboten, mindestens aber eine vierwöchige Quarantäne an der Grenze eingeführt werde, 2. daß bei der Einfuhr von Fleisch und thierischen Produkten eine strengere sanitäts- und veterinär-polizeiliche Untersuchung besonders der mit dem Fleisch vorzuliegenden Eingeweide vorgeschrieben werde, B. 1. daß in solchen Gebieten, in denen Seuchen oder Seuchengefahren bestehen, der Hausirhandel mit Vieh, insbesondere mit Schafen, Schweinen, Ziegen und Gänzen, sowie das Treiben dieser Thiere zu Handelszwecken untersagt oder von entsprechenden Bedingungen abhängig gemacht und die Befolgung der betreffenden Bestimmungen durch beamtete Thierärzte kontrollirt werde, 2. daß alle Personen, die sich gewerbmäßig mit dem Handel von Hausthieren befassen, angehalten werden, über ihre Ein- und Verkäufe, also über die Herkunft und den Verbleib der Thiere, Buch zu führen; C. 1. daß an den Haupt-Viehverladestationen von den Eisenbahn-Direktionen nöthigenfalls Sammelkälle zur Benutzung gegen Entgelt errichtet werden, 2. daß Sammelstationen für Viehtransporte nur benutzt werden dürfen, wenn sie un durchlässigen, leicht zu reinigenden Fußboden mit gutem Abfluß und Ketten von un durchlässigem Material haben, 3. daß die Sammelstationen einer laufenden Kontrolle durch beamtete Thierärzte und durch die Polizeibehörden unterworfen werden, 4. daß alle Viehkampen und Wuchten, die dem Ein- oder Ausladen von Vieh dienen, nach Maßgabe der Vorschriften über die Reinigung und Desinfektion der Wagen behandelt und die zu diesem Zwecke nothwendigen Ausstattungen beschafft und Einrichtungen getroffen werden, D. daß den am Viehhandel vorzugsweise beteiligten landwirtschaftlichen Interessenvertretungen eine Theilnahme an der Beaufsichtigung der Vieh- und Schlachthöfe, sowie der Viehmärkte gewährt werde; E. 1. daß die Preisnotirungen an den größeren deutschen Viehmärkten durch verebte Makler vorgenommen werden, 2. daß die Notirungen nach Lebendgewicht erfolgen, 3. daß die Beeinflussung der Notirungen durch willkürlich falsche Angaben strafrechtlich geahndet werde; F. daß an Stelle des sogenannten Hummelsburger Schweinemarktes in oder bei Berlin ein Magerviehmarkt errichtet werde, der nicht Gegenstand der privaten Unternehmung sein darf, den Anforderungen der Veterinärpolizei entsprechen muß und dem Berliner Polizeipräsidium unterstellt wird.

Abg. Dr. Langerhans (Frl. Vp.): Ich gebe mich der Hoffnung hin, der Landwirtschaftsminister werde seine herbe Kritik über die städtischen Behörden Berlins modifizieren, nachdem er sich selbst durch persönliche Besichtigung des Berliner Central-Viehhofes von den dortigen Zuständen überzeugt hat. Schon ehe diese Besichtigung in Aussicht stand, ja, noch ehe der Minister ins Amt kam, hatte die Berliner Stadtverwaltung einen Plan zum Umbau des Vieh- und Schlachthofes entworfen. Der Viehhof ist ganz nach den Vorschriften des Polizeipräsidiums angelegt. Unter den zugeführten Schweinen kam ab und zu eine ansteckende Erkrankung vor, bis plötzlich gesagt wurde, es sei eine Seuche ausgebrochen und die Schließung des Viehhofes zum Schaden des Landes angeordnet wurde. Später wurde die Sperrung wieder aufgehoben, stellenweise ist die Sperrung so gehandhabt, als wäre das Contagium der Maul- und Klauenseuche ein flüchtiges. Die Berliner Stadtverwaltung hat in vollem Maße ihre Pflicht gethan und ich muß sie gegen alle unberechtigten Angriffe in Schutz nehmen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßregeln würden einen großen Schaden für das Land bedeuten. Wie eine Mitwirkung der Landwirtschaftskammern zu denken ist, ist mir nicht klar, die städtischen Behörden sind ihrer Aufgabe vollkommen gewachsen und eine Beaufsichtigung durch die Kammern, die sehr viel Kosten verursacht, hat gar keinen Zweck. Ich gebe ja zu, daß der Berliner Schlachthof noch nicht dem Ideal entspricht, daß ich mir davon mache. Es wäre zu wünschen, daß die kleinen Bauern das Vieh zum Verkauf nach Berlin schicken können und daß dann nicht von einer gewissen Seite der Wohlthut verhängt werden kann. In erster Linie muß ich mich gegen das Verbot der Einfuhr von Vieh wenden. Das hat doch weiter keinen Zweck, als der deutschen Landwirtschaft keine Konkurrenz zu machen, unbeschadet darum, daß wir ohne fremdes Vieh garnicht auskommen können. Zur Verhütung der Seuchen sind ganz andere Maßregeln erforderlich. (Beifall links.)

Landwirtschaftsminister v. Hammerstein: Ich kann erklären, daß wir in Folge des weitgehenden Entgegenkommens der Berliner Stadtverwaltung bereits in diesem Jahre die von der Polizei geforderten Bedingungen erfüllen können, daß ferner die Hummelsburger Gemeindevorstellung uns sehr weit entgegengekommen ist und bald einen allen Ansprüchen genügenden Markt für Magervieh errichten wird. Was die Anträge der Agrarkommission betrifft, so wird die Regierung eine Sequarantäne demnächst errichten, nicht aber eine Landquarantäne, ferner wird eine scharfe Veterinärkontrolle eingeführt. Wir hoffen mit diesen

Maßregeln viel zu erröthen. Die Forderung, daß alle Personen, die sich erwerbsmäßig mit dem Handel von Hausthieren befassen, über ihre Ein- und Verläufe Buch zu führen haben, ist nur in Zeiten der Gefahr zulässig, nicht aber allgemein anzuerkennen. Die weiteren Forderungen über Desinfektion u. s. w. werden jetzt theilweise erfüllt, eine Reinigung der Wagen geschieht jetzt stets, eine Desinfektion ist aber nur dann zulässig, wenn Seuchen aufgetreten sind. So wird es wohl auch in Zukunft bleiben müssen. Die Regierung wird in lokaler Weise verfahren und den größten Theil der Anträge annehmen. (Beifall.)

Abg. Camp (ft.) wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Dr. Renger, daß Deutschland die Einfuhr fremden Viehs nicht entbehren kann. Besonders sei dies für die Schweine unzutreffend, da gerade die Schweineproduktion keiner großen Vorbereitungen bedarf. Im übrigen erklärt sich Redner mit den von der Kommission beantragten Forderungen einverstanden und ersucht den Landwirtschaftsminister um Auskunft darüber, ob die im ungarischen Abgeordnetenbuche abgegebene Erklärung, die Anstalt in Steinbruch sei schon seit Jahren veräußert, richtig sei.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein erwidert, daß thätliche Erkrankungen in Steinbruch vorgekommen seien, daß aber schon auf die erste Nachricht davon die Sperre angeordnet sei, so daß keine weitere Ansteckung vorkam.

Abg. Gerold (Centr.) begründet einen Antrag, wonach die Einfuhr von Vieh und Fleisch gänzlich verboten werden kann, sofern nicht bei der Untersuchung des importierten Fleisches und der thierischen Produkte die Unschädlichkeit mit Sicherheit nachgewiesen werden kann.

Minister Frhr. v. Hammerstein ist mit dem Antrage einverstanden. Die Regierung würde allerdings auch ohne den Antrag entsprechend handeln.

Abg. Knebel (nl.) erklärt, daß seine Partei keine Bedenken gegen die Anträge der Kommission habe.

Abg. v. Mendel-Steinels (konl.) spricht sich für schärfere Schutzvorschriften aus und empfiehlt die Annahme der Kommissionsanträge. Gegenüber der Erklärung des Regierungsvertreters in der Kommission hält Redner die Behauptung aufrecht, daß von Holland viel Vieh eingeschmuggelt wird, und bittet, besonders hierauf zu achten. Die entgegenkommende Stellung des Berliner Magistrats erkennt Redner an und freut sich, daß die Landwirtschaft das Seuchengeheim in Rummelsburg endlich los werde.

Minister Frhr. v. Hammerstein und Geh. Rath Meyer betonen, daß ihnen behördlichseits von einem ausgedehnten Schmuggel aus Holland nichts bekannt sei. Sie könnten eine solche Behauptung nicht glauben, wenn nicht bestimmte Beweise dafür gebracht werden.

Abg. Ring (konl.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß in Rummelsburg so lange seuchengefährliche Zustände geherrscht haben, ohne daß die Behörde dagegen eingeschritten sei.

Minister Frhr. v. Hammerstein weist darauf hin, daß er die Nebelkünde anerkennt und die nötigen Schritte zur Beilegung derselben gethan habe. Es sei zwecklos, jetzt wieder darauf hinzuweisen.

Abg. Dr. Rengerhans (Frl. Opt.) betont nochmals, daß die Freiförmigkeit des Antrags Ring unnötig war, da bereits vorher die nötigen Schritte zur Abhilfe seitens der Berliner Stadtverwaltung unternommen seien. Den Antrag Gerold halte er für unannehmbar.

Abg. Damiak (konl.) empfiehlt die Anträge der Kommission. Hiermit schließt die Debatte.

Die Anträge der Kommission und der Antrag Gerold werden gegen die Stimmen der beiden freiköniglichen Parteien angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Dritte Sitzung des Saad-scheingesetzes, Interpellation Mintelen, betreffend den katholischen Religions-Unterricht in den Volksschulen.) Schluß 2^{1/2} Uhr.

Deutschland.

* Berlin, 4. Juli. In Anerkennung des gemeinnützigen Zweckes der Einrichtung der Ferien-Halbkolonien hat der Minister der öffentlichen Arbeiten der „Berl. Corr.“ zufolge genehmigt, daß in den Monaten Juli und August die Beförderung der zu Ferien-Halbkolonien ausgesandten Kinder bei einer Theilnehmerzahl von mindestens 10 Kindern für die einzelne Verkehrsrichtung auf Monatskarten III. Klasse zum Preise der Monats-Nebenkarten unter nachstehenden Bedingungen erfolgen kann:

1. Die Karten sind vom Magistrat oder vom Vorstand des Vereins bei der Abfahrtsstation mindestens 24 Stunden vor der Ausständigung unter Anschluß eines Verzeichnisses der betreffenden Kinder schriftlich zu bestellen.

2. Die Karten werden auf den Namen der Kinder ausgestellt und einem Mitgliede der bestellenden Behörde oder des Vereins gegen Zahlung des Fahrgeldes ausgehändigt.

3. Die Karten können auch im Laufe des Monats, in welchem die Ferien beginnen, gelöst und bis in den nächsten Monat hinein mit einer Gültigkeitsdauer von 31 Tagen ausgestellt werden. Der Beginn und das Ende der Gültigkeitsdauer ist von den Ausgabe-stellen auf der Karte handschriftlich einzutragen. Im Berliner Vorortverkehr können auch für die Zeit der großen Sommerferien Karten für Ferien-Halbkolonien zum halben Preise der hier bestehenden besonderen Ferien-Zeitkarten ausgegeben werden.

4. Die Karten finden durch besondere Farbe kenntlich und dürfen nur zu Fahrten benutzt werden, welche von den zu Ferien-Halbkolonien ausgesandten Kindern gemeinsam und unter Begleitung einer Aufsichtsperson ausgeführt werden. Die letztere muß im Besitze einer für die zu befahrende Strecke geltenden Fahrkarte sein.

5. Die ausstellende Behörde oder der Verein sind der Eisenbahnverwaltung gegenüber haftbar für die Folgen etwaigen Mißbrauches der für die Kinder gelassenen Karten.

6. Im Berliner Vorortverkehr dürfen nur Vorortzüge benutzt werden. Für den engeren Verkehr der Berliner Stadt- und Ringbahn wird die Fahrpreisermäßigung nicht gewährt.

7. Im übrigen bleiben die sonst allgemein für Ferienkolonien bewilligten Fahrpreis-Ermäßigungen hierneben unverändert in Geltung.

L. C. Herr v. Böttcher hat, wie neuerdings gemeldet wird, nicht die Absicht, eine Verleumdungsklage gegen die „Hamb. Nachr.“ und die „Zukunft“ anzustrengen.

Der Reichsfiskus hat zu Hohenlohe-Schillingsfürst heute Nachmittag in Straßburg eingetroffen.

Die Finanzkommission des Herrenhauses nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in Staatsbetrieben, sowie der geringer besoldeten Staatsbeamten gemäß den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses an.

Dem „Konfessionär“ zufolge ist die vom Handelsminister anberaumte Konferenz zur Beratung von Beschlüssen angelegentlich am Dienstag unter dem Vorsitze des Ministers Freiherr von Verlepsch hier zusammengetreten. Die Beratung, an der die Geheimen Regierungsräte Lüders und

Bohmann, sowie Regierungsrath Simon theilnahmen, dauerte nahezu acht Stunden.

Die „Nationalzeitung“ erzählt, daß der Afrikakolonist Hermann über seinen Plan, betreffend ein neues Schieferunternehmen im südwestafrikanischen Schutzgebiete mit der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika in Unterhandlung getreten sei. Es gelte dabei der Neubildung einer von Hermann geleiteten Kompanie, wobei sich außer diesem auch die südwestafrikanische Gesellschaft mit Kapital theilhaben solle.

Die württembergische Abgeordnete-Kammer beschloß, die strittige Frage, ob die seiner Zeit zu Bebenhausen abgeschlossenen militärischen Abmachungen mit Preußen mit der Militärkonvention bezw. mit der Verfassung in Einklang stehen, der staatsrechtlichen Kommission zu erneuter Prüfung zuzuwenden. Der jährliche Schluß des letzten württembergischen Landtags verbündete bekanntlich die schon im vorigen Jahre beabsichtigte Erörterung in der Kammer.

Das fünfzigste Jahresfest des Posener Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung.

(Zweiter Tag.)

O Pissa i. P., 4. Juli.

Ein schöner Sommermorgen! Wir schreiten durch die festlich geschmückten Straßen unserer Stadt, das Festgewand derselben in der Stille des Morgens übt eine hübsche Wirkung aus. Da, es ist gegen sechs Uhr, tönt feierlicher Glockenklang durch die Gassen und weckt die noch schlummernden zu neuer Theilnahme: Das Jubelfest der Posener Gustav-Adolf-Stiftung wird eingeleitet. Um 7 Uhr erklingen vom Thurm des Rathhauses aus feierliche Choralmelodien. Gegen 8 Uhr strömen die Festgenossen der Aula des Gymnasiums zu, woselbst die üblichen Begrüßungen stattfinden. Nach dem Chor der Gymnasialisten: „Wer unter dem Schirm des höchsten Himmels“ ergreift Oberbürgermeister Hermann das Wort, um in beredten Worten die Festgenossen willkommen zu heißen und zu den Verhandlungen Glück und Segen zu wünschen. Darauf ergreift das Wort der Vorsitzende des Diözesan-Vereins Pissa, Superintendent Blase und entbot ebenfalls den Versammelten freudigen Gruß. Darnach folgte die Ueberreichung von Geschenken, die die Schüler der Diözesan-Pissa, der hiesige Männer- und Junglingsverein sowie hiesige Frauen und Jungfrauen als Jubiläumsgaben gestiftet hatten. Die Geschenke, welche in Kränzen, Abendmahlsgeschäften und Buchstaben bestanden, wurden unter bezüglich sehr sinnigen Ansprachen überreicht. Konfistorial-Präsident von der Gröben dankte für die Gaben und hob in seiner Ansprache hervor, daß es ihn höchst erfreulich berührt habe, wie auch in der Bürgerschaft Pissa ein lebendiger Sinn für die alte historische Ueberlieferung fortbestehe, was sich in der schönen Gestaltung des Gustav-Adolf-Festes lebendig zeige. Nach dem Schlußchor der Gymnasialisten „Herr, Deine Güte reicht so weit, so weit die Wolken geben“ ordnete sich der Festzug. Derselbe nahm auf dem Schloßplatz seinen Anfang und bewegte sich unter Choralmusik und Glockengeläut durch die Schloßstraße über den Markt, durch die Schmelzauerstraße nach der Kreuzkirche, wo der erste Theil des Zuges, der meistens aus Schülern bestand, Spalter bildete. An dem Festzuge theilnahmen sich außer den Schülern der hiesige evangelische Männer- und Junglingsverein, darauf drei obere Knaben- und drei obere Mädchenklassen der evangelischen Schule, die evangelischen Schüler der Präparanden-Anstalt und des Gymnasiums und die evangelischen Schülerinnen der höheren Töchterschule und endlich der Festauschuß, das Komitee und zahlreiche Mitglieder der evangelischen Gemeinden von Rath und Fern. Die Gänge, von denen wir erwähnen: Oberkonfistorialrath Koch-Berlin, das genannte Konfistorium Posens unter Führung des Konfistorial-Präsidenten von der Gröben und des General-Superintendenten D. Hefstiel, Regierungs-Präsident v. Sagow, die beiden bereits namhaft gemachten Festredner, und circa 80 Gesänge der nächsten und ferneren Umgebung, nahmen in der Nähe des Altars Platz und als sich die große, geradezu wundervoll geschmückte Kreuzkirche mit Andächtigen vollständig gefüllt, nahm der Festgottesdienst mit dem Eröffnungsgesang: „Lobe den Herrn, den mächtigen König der Ehren“ seinen Anfang. Die Liturgie hielt der hiesige Superintendent Vinke und nach dem Hauptgesang „Ein feste Burg“ — ergreift Professor der Theologie D. Hefstiel das Wort zu seiner ungemein eindrucksvollen Predigt über das Wort 1. Korinther 15, 47 und 48: „Gott aber ist Dank, der uns den Sieg gegeben hat.“ Die Predigt war, wie man es von einem so berufenen Munde ja nicht anders erwarten kann, eine oratorische Leistung ersten Ranges. Der Redner hat sich in die Geschichte des Protestantismus unserer Provinz und unserer Stadt ganz und gar hineingelegt und stellte Gestalten wie Johann Heermann, den Führer der hier seiner Zeit eingewanderten Lutherner aus Schlefien, Valerius Herberger in ihrem Glaubenszweige und Amos Comenius, den Mann der Sehnsucht, in greifbarer Lebendigkeit vor das geistige Auge der Zuhörerschaft. Die Schlußliturgie hielt General-Superintendent D. Hefstiel. Noch sei erwähnt, daß am Schluß der Liturgie unter Leitung des Kantors Neumann ein gemischter Chor das herrliche: „Christ, sei getreu, steh fest im Christenglauben“ — vortrug. In Drägers Garten ward nach dem Festgottesdienst ein gemeinsames Frühstück eingenommen.

Um 12 Uhr tagte darauf unter Vorsitz des Konfistorial-Präsidenten v. d. Gröben in der Aula der ev. Schule die Jahresversammlung des Posener Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung. Superintendent Vinke von hier sprach ein einleitendes Gebet, worauf Oberkonfistorialrath Koch-Berlin als Vertreter des Oberkirchenraths das Wort ergreift, um die Grüße und Segenswünsche des Oberkirchenraths, vor Allem die des trauerndsten der Theilnahme des Festes verbindlichen Präsidenten v. Barhausen darzubringen. Derselbe Redner sprach auch Begrüßungsworte im Namen des Centralvorstandes der Gustav-Adolf-Stiftung aus Leipzig und des Brandenburgischen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung. Nachdem dann noch Geh. Regierungsrath Volke im Namen des Vorstandes der Provinzial-Synode Dankesworte gesprochen, brachte Hofprediger Albers-Breslau die Glückwünsche des Schlefischen S. d. G. A.-St. dar und überreichte unter beredten Worten ein Jubiläumsgeschenk von 300 Mark.

Nach Dankesworten des Präsidenten v. d. Gröben und nach Absingung eines Jubiläumsgesanges am 2. Juli 1844 an den Kaiser erklärte darauf der Schriftführer des Posener Gustav-Adolf-Vereins, Militär-Oberpfarrer Bölling-Posen einen eingehenden Bericht über die Thätigkeit des Posener S. d. G. A.-St. während der heute vollendeten 50 Jahre seines Bestehens: Schon bevor der Hauptverein ins Leben trat, hatten sich in der Provinz Gustav-Adolf-Vereine gebildet, so 1844 in Meieritz, woselbst der Verein 369 Mitglieder und eine Jahresrechnung von 187 Thalern zu verzeichnen hatte, in Frankfurt und Roschmin. Erst als am 14. Juli 1845 die Statuten des Hauptvereins bestätigt wurden, nahm eine geregelte Wirksamkeit des Vereins ihren Anfang. Die erste Beihilfe erhielten Borkow und Roschmin in Höhe von 40 bzw. 30 Thalern zu Schulzwecken, wie es denn in der ersten Zeit seines Bestehens der Gustav-Adolf-Verein überhaupt auf Gründung und Unterhaltung evangelischer Schulen abgesehen hatte. Die durch den Verein gegründeten Schulen wurden später auf Staatsmittel übernommen. Am 29. Juli 1846 fand das erste Jahresfest des Zweigvereins Wollstein statt. 120 Gründungen neuer Kirchenysteme

waren in Aussicht genommen, wovon jedoch in Folge der politischen Wirren von 1848 nur 24 in bestimmte Aussicht zur Ausführung kommen konnten. 1850 kam neues Leben in die Gustav-Adolf-Vereinsfrage unserer Provinz; die erste auswärtige Gabe von 200 Thlr. floß von Sachsen zu, der bald andere aus der Provinz Brandenburg und Königsberg folgten. Eine der merkwürdigsten Gaben waren 48 Gulden aus Laibach, die dortigen Evangelischen hatten sich mit der Bitte um Hilfe an den Posener Hauptverein gewendet, und als der Bischof Pastor Pflug nach Laibach ein Exemplar einer Druckchrift sandte, in der die bedrängte Lage der Posener Protestantisten geschildert war, gleichsam als Entschuldigung, da traf bald von Laibach obengenannte Gabe von 48 Gulden an. Aus dem sehr umfangreichen Bericht geben wir, zumal derselbe noch im Druck erscheinen wird, in Kürze nur folgende Daten wieder: 1845—1855 waren durch den S. d. G. A.-St. in der Provinz Posen 22 neue Kirchen systeme gegründet worden, wovon 18 auf den Regierungsbezirk Posen und 4 auf Bromberg entfielen. In das zweite Jahrzehnt hundert seines Bestehens trat der Verein mit 18 Zweigvereinen ein, bis 1876 hatte er 187 847 Mark aus der Provinz und 337 158 Mark von auswärts vereinnahmt, 1885 fiel dem Verein ein Betrag eines Dresdener Bürgers von 15 000 Mark zu. Mit einem Blick auf den gegenwärtigen Stand des Posener S. d. G. A.-St. schloß der sehr umfangreiche Bericht.

Da die Zeit bereits sehr vorgeschritten war, wurden die folgenden Verhandlungen schnell erledigt. Den neuen Satzungen, vom Vorstande abgefaßt, in dem namentlich die Erleichterung der Korporationsrechte für den Verein berücksichtigt werden, empfiehlt Geh. Rath Volke ein bloc anzunehmen, welchem Antrage die Versammlung auch entspricht.

Darauf werden Liebesgaben vertheilt, deren Nothwendigkeit Oberkonfistorialrath D. Hefstiel begründet. Es werden bewilligt für Kochow bei Bromberg 1500 Mark, für Lembitz bei Land im Kreise Starnberg und Granow bei Abelnau je 600 Mark. Andere vom Vorstande beantragten Unterstützungen, unter anderen eine solche für Laibach, werden ohne Debatte bewilligt. Aus dem Vorstande des Hauptvereins scheiden aus die Herren General-Superintendent D. Hefstiel, Superintendent Bohn und Präsident v. d. Gröben. Die genannten Herren werden durch Akklamation wiedergewählt. Zu Deputirten für die nächste Hauptversammlung nach Hannover werden der Herr General-Superintendent und Oberpfarrer Bölling bestimmt. Als Ort für die nächste Hauptversammlung des Posener S. d. G. A.-St. wird Wargowitz erwählt. Nach einer Sitzung des Hauptvereins der hiesigen Lutherischen wird dieser Theil des Festes mit einem Gebet des General-Superintendenten beschlossen.

Totales.

Posen, 5. Juli.

v. An der hiesigen Provinzial-Gebarren-Veranstaltung ist der prakt. Arzt Dr. med. May Dhm als Volontärarzt angestellt. Außer dem Direktor Dr. Toporoff fungirt daselbst der Arzt Dr. Fuchs als Assistentenarzt und zweiter Lehrer.

* Personalnotizen. Der gewerberechnische Hilfsarbeiter, Gewerbeinspektor Oppermann in Ansbach ist nach Posen versetzt und mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines künftl. Regierungs- und Gewerberaths bet den künftl. Regierungen zu Posen und Bromberg betraut worden. — Der Regierungs-Bauführer Turt aus Posen (Maschinenbau) ist zum Regierungs-Baumeister ernannt worden.

* Auszeichnung. Dem Stadtverordneten, Fabrikbesitzer Ignaz Rogowski zu Gnesen ist der künftl. Kronenorden 4. Kl. verliehen worden.

* Mittheilung. In unserm Stadtverordneten-Sitzungsbericht (Nr. 461) ist ein Verheben des Sages vorgekommen. Die Abschnitte „Bürgermeister Rünzer“, „Stadth. Dr. Lewinski“ und „damit schließt“ — müssen hinter die Interpellation des Stadth. Dr. Kranz, mithin ans Ende gestellt werden.

Aus der Provinz Posen.

Weißenhöhe, 4. Juli. [Großfeuer.] Nachdem am vergangenen Montag hier selbst ein Feuerbrand gewüthet, entstand am Dienstag Abend, kurz nach einem heftigen Gewitter in dem benachbarten Wolke ein großes Schadenfeuer, durch welches 2 Scheunen und ein Stall vernichtet wurden. Gestern brannte es abermals in Wolke. Es sollen wiederum mehrere Stallgebäude, ein Wohnhaus und eine Scheune ein Raub der Flammen geworden sein. Das gestrige Feuer kam in der Mittagszeit auf einer der vorgestrichen Brandstellen aus.

E. Sollantsch, 3. Juli. [Feuer.] In Bantgroß-Kolonie brach bei einem Wirth Feuer aus; als der Besitzer ein Pferd aus dem brennenden Stalle führen wollte, schlug das Pferd aus und verletzte den Mann derartig, daß er ärztliche Hilfe sofort in Anspruch nehmen mußte. Die Kinnladen und beide Lippen sind stark verletzt. — In Opatzyn brannte einem Anstebler das ganze Gehöft ab.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 4. Juli. Dem „Berl. Vol.-Anz.“ wird aus Ostpreußen telegraphirt: Durch einen furchtbaren Wirbelsturm, verbunden mit schwerem Hagelschlag, ist über die Stadt Mehlsack ein großes Unglück herein gebrochen. Durch Schloßen in der Größe von Wallnüssen wurden die Fensterheben aller Häuser auf der Nord- und Westseite zerschlagen. Alle Gemüsegärten und Felder der Umgegend sind verwüstet; zwei Kinder, welche im Freien von dem Unwetter überrast und vom Hagel niedergeworfen wurden, ertranken in einer zum Strome angeschwollenen Straßenrinne. Fünf andere Kinder werden vermißt. Mehrere Menschen sind durch herabfallende Ziegel und einstürzendes Mauerwerk verletzt worden.

Hamburg, 4. Juli. Der neue Dienst der Hamburg-Amerika-Linie der Hamburg-Amerikanischen Packfahrt-Aktiengesellschaft zwischen New York und Cherbourg wurde heute durch den Schnelldampfer „Fürst Bismarck“, welcher, von New York kommend, um 12 Uhr 15 Min. Nachmittags in Cherbourg eintraf, eröffnet. Die für Paris bestimmten Passagiere reisten bereits um 2 Uhr 20 Min. mittels Sonderzuges von Cherbourg nach Paris ab.

München, 4. Juli. Die von einem hiesigen Blatte gebrachte Meldung, ein Fesselballon, in dessen Gondel sich zwei Offiziere, darunter der aus den Fuchsmühlener Vorgängen bekannte Premierleutnant Mayer, befanden, habe sich am Freitag losgerissen und man habe bis heute keine Nachrichten über das Schicksal der Luftschiffer, ist dahin zu berichtigen, daß an dem Ballon allerdings ein Tau gerissen war, der Ballon jedoch nach normaler Fahrt 5 Kilometer von Grafting alatt gelandet ist.

Wien, 4. Juli. Ein Telegramm der „N. Fr. Pr.“ aus Belgien kündigt als wahr scheinliches Mi-

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (H. Köstel) in Rosen.